

Prinzipientreue, strategischer Nerv und taktisches Geschick

Zum 120. Geburtstag Walter Ulbrichts

Walter Ulbricht war nicht nur ein herausragender Politiker der DDR, sondern auch ein aktiver Verfechter des proletarischen Internationalismus in der deutschen und weltweiten kommunistischen Bewegung. Ich erlebte ihn im Rahmen meiner langjährigen Tätigkeit als Dolmetscher für die Partei- und Staatsführung bei seinen Gesprächen mit hochrangigen rumänischen Gästen. Eine Eigenschaft Walter Ulbrichts beeindruckte mich besonders. Ich fand sie auch in den Beschreibungen Herbert Graf's sowie anderer sachkundiger Ulbricht-Biographen bestätigt. Das war sein Prinzip, an Dingen so lange dranzubleiben, bis er sie vollends durchschaut hatte. Diese Hartnäckigkeit charakterisierte auch seine Gespräche mit ausländischen Politikern.

Kurt Hager sah Ulbricht so: „Er war ein Arbeiterfunktionär alter Schule, der in der kommunistischen Bewegung großes Ansehen genoß. Die Gegner der DDR taten alles, um ihn herabzusetzen. Sie mußten ihm aber außerordentliche Eigenschaften wie Realitätssinn und Einfallsreichtum zubilligen. Manche wollten ihn als bloßen Satrapen Moskaus sehen. Doch er war ein eigenständiger Politiker, der sich nicht scheute, seine eigene Meinung zu äußern.“ Heute gibt es nicht wenige Autoren, die sich als „objektive Beobachter“ vorkommen, zugleich aber darauf spezialisiert sind, defizitäre Eigenschaften Ulbrichts zu betonen, seine charakteristischen Züge aber im Nichts versinken zu lassen. Ihre Absicht ist dabei nicht nur die Diskreditierung einer Person, sondern vor allem die Herabwürdigung einer Sache. Ich erlebte Walter Ulbricht so, wie ihn Werner Eberlein kurz und prägnant beschrieb: „Immer nüchtern und sachlich, erreichte Ulbricht durch inhaltsreiche Gespräche, die nie Platitüden enthielten, daß man ihm in jeder Phase zuhörte. Man spürte seinen ehrlichen Willen, niemandem etwas vorzugaukeln, sondern den Gesprächspartner für seine Idee zu gewinnen.“

Auch Prof. Peter Adolf Thiessen, Ehrenvorsitzender des Forschungsrates der DDR, zog aus seinen persönlichen Kontakten das Fazit: „Walter Ulbricht reagiert sehr empfindlich und wird überaus deutlich, wenn unverkennbar ist, daß durch eine verzierte Fassade Unzulänglichkeiten der Funktion oder dürftiges Inventar verdeckt werden sollen. Bei allen Begegnungen verlangt er durch Tatsachen und saubere logische Argumentation überzeugt zu werden. Ist er überzeugt, verleiht er seiner Anerkennung einen Ausdruck, der nicht zum Stillsitzen veranlaßt, sondern zu gesteigerter Leistung.“

Es stimmt, was Prof. Herbert Graf, der Walter Ulbricht aus jahrelanger enger Zusammenarbeit kannte, zu Protokoll gibt: „Er überzeugte durch sein strategisches Vermögen, seine soziale Kompetenz, seine emotionale Intelligenz, seine historischen Kenntnisse und die ausgeprägte Fähigkeit, den eigenen Handlungsraum auszuloten.



Seine Lust, Neues zu suchen, und für den gesellschaftlichen Fortschritt zu verwenden, wurde keinesfalls von der Anmaßung beschädigt, damit den Stein des Weisen gefunden zu haben. ... Er blieb sich treu, weil er an seiner Absicht festhielt, eine von Ausbeutung befreite, gerechte und solidarische Gesellschaft zu schaffen“. Auch Sebastian Haffner, der bestimmt nicht vom kommunistischen Bazillus befallen war, gelangte 1966 zu dem Schluß, besonders zwei Eigenschaften hätten Walter Ulbrichts Entwicklung geprägt. Erstens: „seine beinahe beispiellose Kombination von äußerster Prinzipientreue und äußerster taktischer Schmiegsamkeit und Beweglichkeit“. Zweitens: „Seine Fähigkeit, warten zu können, sich nie ins Ungewisse festzulegen – und ebenso rigoros wie präzise zu handeln, wenn alles klar ist und nichts mehr fehlgehen kann.“

Walter Ulbrichts Lagebeurteilungen waren nicht von Wünschen und Befürchtungen bestimmt, sondern von den Erfordernissen, die sich aus den konkreten Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens und des Klassenkampfes ergaben. In seinem Wirken ließ er sich von der Erkenntnis leiten, daß jede Klasse zum Selbstbewußtsein erwacht, wenn sie sich über ihre eigenständigen Interessen klar wird, die sie im Gegensatz zu anderen Klassen hat – eine Erfahrung, die auch heute noch volle Gültigkeit besitzt. Auf dieser Grundlage war er bereit, in der Politik auch Kompromisse einzugehen. Er war aber ebenso entschlossen, den Klassengegner bei dessen Namen zu nennen und sich im Umgang mit ihm danach zu richten.

In einem von mir gedolmetschten Gespräch mit dem Vorsitzenden der Großen

Nationalversammlung Rumäniens, Stefan Voitec, verwies Walter Ulbricht darauf, daß SPD-Minister in der Regierung der BRD, zu der Bukarest gerade ohne Konsultation mit anderen RGW-Staaten Beziehungen aufgenommen hatte, am Wesen ihrer Außenpolitik nichts ändern könnten. Diese würde allein von den Interessen des

deutschen Großkapitals bestimmt.

Ulbricht ist oftmals als Feind der SPD hingestellt worden, ohne zu registrieren, daß er ja zunächst in die Partei August Bebel's eingetreten war und Jahrzehnte später einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hatte, gemeinsam mit Wilhelm Pieck und dem SPD-Vorsitzenden Otto Grotewohl die SED zu schaffen, ohne dem Opportunismus marxistische Prinzipien zu opfern! Leben und Werk Walter Ulbrichts reflektieren einen großen Teil der Kämpfe und Umbrüche des 20. Jahrhunderts.

Zu Beginn des ersten Weltkrieges stand er an der Seite Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Gemeinsam

mit anderen jungen Sozialdemokraten trat er in Leipzig gegen den Verrat des SPD-Parteivorstandes am Marxismus und am proletarischen Internationalismus auf. Im Januar 1919 gehörte er dort zu den Begründern der KPD. Mit Wilhelm Pieck, Clara Zetkin und anderen wurde er in die Zentrale der Partei gewählt, der er bis zum April 1946 angehörte.

Gestützt auf die Lehren aus den März-kämpfen 1921 und auf Erfahrungen, die er selbst seit 1922 in Thüringen beim Aufbau von Betriebszellen gewonnen hatte, zog Walter Ulbricht den Schluß, daß nur eine fest in den Betrieben verwurzelte revolutionäre Partei das Vertrauen des Proletariats gewinnen, die Einheitsfront herstellen und die breiten Massen der Arbeiter und Bauern zum Kampf um die Macht führen könne.

In den 20er Jahren und danach nahm er aktiv am Bemühen um die Stabilisierung und Profilierung der KPD als marxistisch-leninistische Partei teil. In dieser Zeit wurde er zu einem geachteten Funktionär der KPD und der Kommunistischen Internationale (Komintern).

Besonders stark prägten Walter Ulbricht die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Komintern. Er sah in ihnen den einzig richtigen Weg, die Mitgliedsparteien zur Einheitsfront zu befähigen und die konkreten Methoden, Formen und Wege des Kampfes auf allgemeingültiger Grundlage ausfindig zu machen. Für die KPD fand das seinen Niederschlag in den Beschlüssen jener Tagungen, die als Brüsseler und Berner Beratungen in die Geschichte der Partei eingegangen sind.

Die KPD und mit ihr Walter Ulbricht haben aus dem Reservoir geschichtlicher Erfahrungen geschöpft, die



1945: Appell der KPD zur Einheit

marxistisch-leninistische Theorie damit verbunden und nach dem Sieg der Antihitlerkoalition mit der UdSSR als entscheidender Kraft auf dieser Grundlage ihre Strategie und Taktik unter neuen Bedingungen entwickelt.

Als Leiter der Gruppe von Beauftragten des ZK der KPD, die schon in den ersten Maitagen 1945 nach Berlin zurückkehrte, konnte Walter Ulbricht in der noch brennenden und völlig zerstörten Stadt mit der Arbeit zur Sammlung aller aufbauwilligen Kräfte beginnen.

Er war maßgeblich daran beteiligt, daß die KPD als einzige deutsche Partei nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus mit einem wissenschaftlich begründeten Programm des Neuaufbaus für ganz Deutschland antreten konnte.

Dieses antifaschistisch-demokratische Dokument trug zugleich antikapitalistischen Charakter. Es beruhte auf den seit der Jahrhundertwende gesammelten Erfahrungen und schuf die Grundlage zur Überwindung des verhängnisvollen Einflusses der bürgerlichen Ideologie in der deutschen Arbeiterbewegung im sowjetisch besetzten Osten des Landes. Die Einheit von SPD und KPD konnte dort auf marxistischer Grundlage hergestellt werden. Sie bahnte einer demokratischen Staatsmacht im Interesse des Volkes den Weg.

Als Mitglied der SED-Parteiführung hatte Walter Ulbricht auch in der Folgezeit entscheidenden Anteil an der Beantwortung theoretischer und strategisch-taktischer Grundfragen auf dem Weg zur Errichtung des Sozialismus in der DDR. In den 60er Jahren wurden im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft auf sozialistischer Grundlage originäre Reformkonzepte entwickelt, die auf der Verträglichkeit

von Plan und Markt beruhten. Dabei ging es um deren wechselseitige Befruchtung im Interesse einer stabilen Entwicklung und beschleunigten Modernisierung des Landes. Nur Ignoranten können die theoretische und praktische Bedeutung dieser Bemühungen in Abrede stellen.

Walter Ulbricht sagte dazu auf dem VII. Parteitag der SED: „Zur sozialistischen Planwirtschaft gehören sowohl die regulierende wirksame gesellschaftliche Planung und Organisation der Volkswirtschaft im gesamtstaatlichen Maßstab als auch die konsequente Entfaltung der sozialistischen Warenwirtschaft. Beides bildet eine organische Einheit“. Mit der durch ihn verfochtenen These vom Sozialismus als einer „relativ selbstständigen Gesellschaftsformation“ wurde eine lebhaftige Debatte eingeleitet. Nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR reifte der Gedanke, daß die strategische Aufgabe einer zweiten Phase des sozialistischen Aufbaus darin bestehe, „das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus“ zu gestalten. Es ist das Verdienst Walter Ulbrichts, diese Diskussion nicht nur angestoßen, sondern auch selbst aktiv geführt zu haben. Leider wurde der ideologische Klärungsprozeß später abgebrochen.

Charakteristisch für den damaligen Meinungsstreit war, daß er konsequent an die Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin anknüpfte. So folgte man zum Beispiel der Aussage von Friedrich Engels, der die Interessen als das regelnde Grundprinzip bezeichnete, dem sich alles andere unterordnet. Er faßte das in die Worte: „Die ökonomischen Verhältnisse einer gegebenen Gesellschaft stellen sich zunächst als Interessen dar.“

Insgesamt war das eine Periode schöpferischer Verarbeitung in der DDR und den anderen sozialistischen Staaten Europas gesammelter Erfahrungen. Sie ergaben sich aus den veränderten materiellen, politischen und geistigen Bedingungen im Sozialismus und stützten sich auf den durch Marx, Engels und Lenin geschaffenen theoretischen Vorlauf. Dabei hielt sich die SED an Lenins Rat: „Unsere Lehre ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln.“ Marx und Engels hatten sich zu ihrer Zeit „über das Einochsene und einfache Wiederholen von „Formeln““ lustig gemacht. Diese seien – wie auch Ulbricht meinte – „bestenfalls dazu geeignet, die allgemeinen Aufgaben vorzuzeichnen, welche unter den konkreten ökonomischen und politischen Bedingungen in jedem Abschnitt des geschichtlichen Prozesses zwangsläufig modifiziert werden“ müßten.

Zweifellos gab es im Leben und Wirken des herausragenden Politikers und Staatsmanns Walter Ulbricht wie bei jedermann Licht und Schatten. Menschen besitzen nicht nur Tugenden, sondern begehen auch Fehler.

Nach Aussagen Kurt Hagers in dessen 1996 erschienenen „Erinnerungen“



1952: Plakat zum 1. Fünfjahrplan der DDR

verstärkten sich bei Walter Ulbricht Ende der 60er Jahre übertriebene Erwartungen hinsichtlich der Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung in der DDR. In Hagers Urteil seien während des letzten Lebensabschnitts des Politikers „einige negative Eigenschaften wie Eigenmächtigkeit, Rechthaberei und Starrsinn immer stärker hervorgetreten“.

Leben und Werk Walter Ulbrichts sind uns Anlaß, die schöpferische Verwertung und Weiterführung seiner Ideen in den heutigen und kommenden Kämpfen als eine der Voraussetzungen für die erneute Stabilisierung unserer Bewegung und deren Erfolg in der Zukunft zu betrachten.

Es ist bedauerlich, daß solches Lernen aus der eigenen Geschichte von einem nicht geringen Teil der deutschen Linken derzeit einfach verdrängt wird. Während manche ihrer Politiker als Träger rechtsoportunistischer Strömungen hofiert werden, wirft man zugleich die Theorie von Marx, Engels und Lenin bedenkenlos über Bord und bricht mit den klassenkämpferischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung. Die insgesamt ruhmvolle Geschichte aufrechter Kommunisten und Sozialisten wird von solchen Leugnern der historischen Wahrheit als eine einzige Kette von Fehlern und Irrtümern dargestellt.

Am 120. Geburtstag Walter Ulbrichts sollten wir uns daran erinnern, welche unverrückbaren Leistungen dieser bedeutende deutsche Kommunist und Staatsmann der DDR vollbracht hat. Dabei geht es nicht in erster Linie um Ulbrichts Person, sondern um jenen bahnbrechenden Staat der deutschen Geschichte und die ihn tragende revolutionäre Arbeiterbewegung, welche er während seines gesamten Wirkens verkörpert hat.

Prof. Dr. Anton Latzo, Langerwisch

Faschistischer Putsch, Volksaufstand oder Versuch einer Konterrevolution? Der 17. Juni 1953 im historischen Kontext

Zum 60. Mal jähren sich jetzt die Ereignisse um den 17. Juni 1953. Wiederum rückt das Urteil über ihren Charakter in das Zentrum der Auseinandersetzung zwischen den gesellschaftlichen Kräften in Deutschland. Wir meinen: Was vor 60 Jahren geschah, läßt sich nur vor dem Hintergrund der damaligen Weltlage und des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander sachgerecht beurteilen. Für die DDR hatte die 2. Parteikonferenz der SED (Juli 1952) – gestützt auf die Ergebnisse der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung – beschlossen, zur Errichtung der Grundlagen des Sozialismus überzugehen; die anderen demokratischen Parteien stimmten dem anschließend zu.

Die Sowjetunion hatte ihr Einverständnis mit diesem Schritt erst zögernd im unmittelbaren Vorfeld der SED-Parteikonferenz signalisiert. Stalin und seine Umgebung waren eigentlich mehr an einem blockfreien Gesamtdeutschland interessiert: politisch dem Frieden verpflichtet, militärisch neutral und wirtschaftlich so leistungsfähig, daß die Reparationsforderungen der UdSSR befriedigt werden konnten. Das zeigte deutlich die sowjetische Note vom 10. März 1952 an die Westmächte zur Deutschlandfrage mit ihren Vorschlägen für einen Friedensvertrag, die jedoch von Washington, London und Paris wie von Bonn brüsk abgelehnt wurden.

Die USA und ihre Verbündeten verschärften zu dieser Zeit den Kalten Krieg gegen das sich herausbildende sozialistische Welt-system mit einer forcierten Aufrüstung, gipfelnd in der amerikanischen Wasserstoffbombe und der Strategie des „Rollback“, des gewaltsamen „Zurückrollens“ des Sozialismus. Deshalb unterstützten sie auch den Bonner Kurs auf Remilitarisierung Westdeutschlands, seine Einbindung in die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) und auf Liquidierung der DDR.

Die Sowjetunion unternahm unter diesen Bedingungen – ausgehend von den Lehren des Zweiten Weltkriegs, der ihr 27 Millionen Todesopfer abverlangt hatte – verstärkte Anstrengungen, ihre Verteidigungsbereitschaft zu stärken, was wenig später mit dem erfolgreichen Test ihrer ersten Wasserstoffbombe seinen Ausdruck und in dem damit erreichten „nuklearen Gleichgewicht“ seine Bestätigung fand. Die damit verbundenen steigenden Wirtschafts- und Finanzlasten wurden allerdings zum Teil auf ihre Verbündeten umgelegt.

Das verursachte auch in der DDR wachsende ökonomische Schwierigkeiten. Außerdem mußte sie sowjetische Waffen für die nationalen Streitkräfte kaufen, deren Aufstellung die 2. Parteikonferenz der SED beschlossen hatte. Auch die Reparationsleistungen für die UdSSR – teils durch Demontage, teils durch Entnahme von Erzeugnissen aus der laufenden Produktion – waren weiterhin zu erbringen.

Insbesondere aber wirkten sich die Disproportionen aus, die mit der Spaltung Deutschlands entstanden waren. Seit der unmittelbaren Nachkriegsphase war zugleich – in Befolgung der Vorstellungen Stalins über die politische Ökonomie des Sozialismus – beim Neuaufbau der Volkswirtschaft das Hauptgewicht auf die „Abteilung I“ (Grundstoff- und Schwerindustrie) zu Lasten der „Abteilung II“ (Leicht- und Lebensmittelindustrie) gelegt worden. Das war der Versuch, das ökonomische Mißverhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland schrittweise zu überwinden, brachte jedoch immer neue Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung mit sich. Einige Waren des Grundbedarfs wurden verteuert und schließlich – im Mai 1953 – die Arbeitsnormen in Industrie und Bauwesen durchweg um 10 Prozent angehoben.

Im Gegensatz zu offiziell betriebener Agitation, die eine „weitere Verbesserung der Lebensverhältnisse“ verkündete, hatten also viele DDR-Bürger zunehmenden Grund zur Unzufriedenheit. Die Zahl derer, die ihren Staat verließen – teils durch gezielte Abwerbung dazu veranlaßt –, war im Anwachsen begriffen. Hier machte sich ein weiteres Defizit im Gefüge der jungen Republik bemerkbar: Demokratie wurde zwar proklamiert, aber längst nicht überall praktiziert. Weder informierte man hinreichend über Ursachen und Zusammenhänge gesellschaftlicher Probleme, noch beteiligte man die Bürger jederzeit verantwortlich an deren Lösung. Verhängnisvoll wirkte sich Stalins These aus, mit fortschreitendem sozialistischem Aufbau verschärfe sich gesetzmäßig der Klassenkampf: Sie diente dazu, repressive Maßnahmen zu rechtfertigen.

Der wachsende Unmut in bestimmten Kreisen der Bevölkerung blieb den Partei- und Staatsführungen der DDR wie der UdSSR nicht verborgen. Nach wiederholten Verhandlungen zwischen ihnen beschloß das Politbüro des ZK der SED am 9. Juni 1953, die der Bündnispolitik abträglichen Maßnahmen zurückzunehmen. Am 11. Juni wurde der „neue Kurs“ der Regierung eingeleitet.

Der Beschluß über die Normerhöhung blieb jedoch einstweilen in Kraft. Als die Arbeiter im Juni feststellen mußten, wie er sich auf ihre Löhne auswirkte, schlug stellenweise Mißstimmung in Protest um. Am 15. Juni legten Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee die Arbeit nieder und bestimmten eine Delegation, am 16. Juni ihre Forderungen im Haus der Ministerien zu überbringen. Dem Zug dieser Abordnung schlossen sich unterwegs weitere Demonstranten an, darunter auch Westberliner.

Als im Vorhof des Hauses an der Leipziger Straße Industrieminister Fritz Selbmann in einer kurzen Ansprache mitteilen wollte, die Normerhöhung sei rückgängig gemacht worden, wurde er von der aufgebrauchten Menge niedergeschrien und mit Steinen beworfen.

Erste regierungsfeindliche Losungen wurden skandiert. Gleichzeitig sah man ladenneue Maureranzüge bei Westberlinern, die sich als Bauarbeiter ausgaben, aber in Wirklichkeit von ganz anderen Kräften angeheuert waren und völlig konträre Absichten verfolgten.

So begann das Geschehen, dessen Eskalation am 17. Juni 1953 ihren Höhepunkt erreichte. In den Vordergrund werden von den heutigen „politischen Eliten“ Streiks und Demonstrationen gerückt, bei denen die DDR geschmäht und „freie Wahlen“ gefordert wurden. In Erinnerung bleiben allen demokratisch gesinnten Menschen allerdings geplünderte Geschäfte und in Brand gesetzte HO-Verkaufskioske, gestürmte öffentliche Gebäude und ihr verwüstetes Inneres, „befreite politische Gefangene“, darunter verurteilte Nazi- und Kriegsverbrecher, sowie tätlich angegriffene, ja mancherorts zu Tode geschleifte SED- und FDJ-Mitglieder, Volkspolizisten und Gewerkschaftsfunktionäre.

Jeder kann erkennen: Das ist nicht Arbeiterart! Trotzdem wird hartnäckig behauptet, der 17. Juni sei ein „Arbeiteraufstand“ gewesen. Nein, er war – ursprünglich berechtigtes Verlangen von Arbeitern ausnutzend – ein Versuch konterrevolutionärer Kräfte, die DDR mit ihren sich entwickelnden sozialistischen Produktions- und Machtverhältnissen zu beseitigen und am „Tag X“ die alte Gesellschaftsordnung wiederherzustellen. Angeheizt wurde dieser Putschversuch durch Bonner und Westberliner Politiker und Medien, allen voran durch den RIAS, der in seiner Hysterie sogar von amerikanischer Seite gebremst werden mußte, weil die USA nicht „wegen Berlin“ in einen kriegerischen Konflikt verwickelt werden wollten. Ebenso hartnäckig wird versucht, den 17. Juni als „Volksaufstand“ hinzustellen. Zu jener Zeit zählte die DDR knapp 18 Millionen Einwohner. Einige hunderttausend waren an den genannten Aktionen beteiligt. Sie spielten sich vor allem in industriellen Zentren ab; in den Dörfern und kleineren Städten machten sie sich kaum bemerkbar. Am 18. Juni, spätestens aber am folgenden Tag, nahmen die Streikenden fast allorts ihre Arbeit wieder auf.

Als im Verlauf des 17. Juni sowjetische Militärkommandanten den Ausnahmezustand ausriefen, beruhigte sich die Lage. Wo Panzer der UdSSR auftauchten, zogen sich die Randalierer zumeist recht schnell zurück. Nur in wenigen Fällen kam es zu bewaffneten Provokationen, die mehrere Tote und Verletzte auf beiden Seiten zur Folge hatten. Wer in jenen Tagen schuldlos zu Tode kam, verdient unser Gedenken.

Mit ihrem Eingreifen nahm die UdSSR ihre Rechte und Pflichten als eine von vier Besatzungsmächten wahr. Auch die Westalliierten hätten gegebenenfalls nicht anders gehandelt. Wer behauptet, der Aufruhr sei „von sowjetischen Panzern niedergewalzt“

oder sogar „im Blut erstickt worden“, sollte sich erinnern, daß sowohl das Besatzungsstatut für die Westzonen vom 10. April 1949 als auch der „Generalvertrag“ der BRD mit den drei Mächten vom 26. Mai 1952 „wirksame Maßnahmen“ der alliierten Streitkräfte vorsah, um „einer ernstlichen Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu begegnen“. Stufenweise außer Kraft gesetzt wurde diese Bestimmung erst mit der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO 1955, der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch den Bundestag 1968 und letztlich dem Zwei-plus-vier-Vertrag vom 31. August 1990, der Besatzungsrecht generell außer Kraft setzte.

Das besonnene Verhalten der bewaffneten Kräfte der DDR und die nachhaltig demonstrierte militärische Präsenz der UdSSR trugen wesentlich dazu bei, daß die Revolte trotz aktiver westlicher Unterstützung in sich zusammenbrach. Entscheidend für ihr Scheitern war die Bereitschaft ungezählter arbeitender Menschen, die Ergebnisse ihrer gemeinsamen Aufbauarbeit zu verteidigen. Wichtig war vor allem, daß ein Bürgerkrieg in der DDR verhindert wurde, der unversehens zu einem neuen Weltkrieg hätte führen können. Der Status quo in Europa, ein friedenssichernder Faktor, blieb erhalten. – Fehldarstellungen der Geschichte dienen dem fortgesetzten

Streben, die DDR zu verteufeln und letztlich jeden Gedanken an eine nichtkapitalistische Zukunft zu diskreditieren. Doch solange die DDR existierte, ging von deutschem Boden kein Krieg aus. Allen Bürgern war soziale Sicherheit gewährleistet. Solche unleugbaren Tatsachen garantieren der DDR einen bleibenden Platz in der deutschen Geschichte und berechtigen zu Hoffnungen auf Künftiges.

Dieser Text wurde vom Berliner Alternativen Geschichtsforum erarbeitet und am 2. April 2013 durch den GBM-Vorstand bestätigt.

Eigene Fehler spielten dem Gegner in die Hände

Momentan beschäftige ich mich mit Literatur rund um den 17. Juni 1953. In diesem Zusammenhang habe ich Stefan Heyms „5 Tage im Juni“ noch einmal gelesen, mir aus Werner Mittenzweil Brecht-Biographie den Abschnitt zu diesem Datum erneut zu Gemüte geführt und mich vor einiger Zeit mit „Das Vertrauen“ von Anna Seghers sowie „Was geschah am 17. Juni?“ von Hans Bentzien beschäftigt. Bei ihnen allen finden sich ähnliche Herangehensweisen. Nirgendwo sind die Ereignisse dieses Tages und aus der Zeit, die dem 17. Juni vorausging, verkürzt beschrieben und bewertet. Besonders nachdenklich hat mich die Äußerung Brechts gemacht: „Ich habe drei Jahrzehnte lang in meinen Schriften die Sache der Arbeiter zu vertreten versucht. Aber ich habe in der Nacht des 16. und am Vormittag des 17. Juni die erschütternden Demonstrationen der Arbeiter übergehen sehen in etwas sehr anderes als den Versuch, für sich die Freiheit zu erlangen.“

Mittenzwei kommentiert hierzu: „Für ihn war der 17. Juni weder nur der ‚faschistische Putsch‘ noch der ‚Volksaufstand‘. Beide Definitionen schienen ihm einseitig, weil sie die Verwandlungen ignorierten, die innerhalb zweier Tage vor sich gegangen waren“. „Die Parolen“, schrieb Brecht an Suhrkamp, „verwandelten sich rapide. Aus ‚Weg mit der Regierung!‘ wurde ‚Hängt sie!‘, und der Bürgersteig übernahm die Regie“. „Besonders“, so Mittenzwei, „empörte Brecht, daß Demonstranten Faschisten aus dem Gefängnis befreiten, wo sie wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschlichkeit saßen, so in Halle die ehemalige Kommandeuse von Ravensbrück, die anfeuernde Reden auf dem Marktplatz hielt.“

Und noch einmal Brecht an Suhrkamp: „... machen wir uns nichts vor: nicht nur im Westen, auch hier im Osten Deutschlands sind ‚die Kräfte‘ wieder am Werk. Ich habe an diesem tragischen 17. Juni beobachtet, wie der Bürgersteig auf die Straße das ‚Deutschlandlied‘ warf und die Arbeiter es mit der ‚Internationale‘ niederstimmten. Aber sie kamen, verwirrt und hilflos, nicht damit durch.“ Ähnliches beschreibt Stefan Heym. Auch

er läßt keinerlei Zweifel daran aufkommen, daß der Westen die miese Stimmung, die durch prinzipielle Fehler von Partei und Regierung entstanden war, instrumentalisierte, und sich besonders jener bediente, die als Nazis die DDR haßten, und sie – ebenso wie der kapitalistische Teil Deutschlands – liquidiert sehen wollten. Aber er reduzierte die Ereignisse nicht auf diese Tatsachen. Witte, Heyms Hauptfigur, äußert in einem Gespräch im Rahmen der Betriebsgewerkschaftsleitung: „Wir haben zu wenig darüber nachgedacht ..., daß sich auch Widersprüche entwickeln können, zwischen der Masse der Arbeiter und ihrem Vortrupp, der Partei. In einem solchen Fall gerät alles in Gefahr, was wir aufzubauen unternommen haben, und auch der Feind hakt ein. Die verschiedenen Mängel und Beschwerden, alte und neue, werden benutzt werden, um Forderungen zu erheben, die sich anhören, als wären sie im Interesse der Arbeiter.“

1989 dann das Déjà-vu – das schon Gesehene – auch, und vielleicht nicht zuletzt, weil wir uns stetig zu wenig Gedanken darüber machen, welche Widersprüche sich entwickeln und wie sie, gemeinsam mit der Klasse, mit der Bevölkerung gelöst werden können. Am 16. Juni 1953 sprach Walter Ulbricht auf der Tagung des Berliner Parteiaktives in aller Offenheit über begangene Fehler:

„... ab Sommer 1952 wurde Kurs genommen auf den beschleunigten Aufbau des Sozialismus ... Eine Reihe Planaufgaben, die für die Jahre 1954 und 1955 vorgesehen waren, wurden auf das Jahr 1953 vorverlegt, und Aufgaben, die im Fünfjahrplan überhaupt nicht vorgesehen waren, wurden zusätzlich beschlossen. ... Der Versuch, die aus dem falschen Kurs entspringenden Widersprüche zu lösen, führte zu einer Reihe fehlerhafter Maßnahmen, zu verschärften Methoden der Eintreibung der Ablieferungsrückstände, verschärften Methoden der Steuererhebung, was bewirkte, daß viele Einzelbauern nicht mehr an der ordnungsgemäßen Weiterführung ihrer Wirtschaften interessiert waren. Es wurden Überspitzungen für Arbeiter, Schwerbeschädigte, Schüler, Lehrlinge usw. Verschlechterungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung, der

Entzug der Lebensmittelkarten für einen großen Teil des Mittelstandes, eine unzureichende Belieferung der Privatindustrie und der Handwerksbetriebe mit Rohstoffen, die Sperrung langfristiger Kredite für Einzelbauern und Privatunternehmer und anderes veranlaßt. Die Fehler korrigierte die Regierung der DDR durch ihre Beschlüsse vom 11. Juni ...“ Ulbricht weiter: Es ist „... nach wie vor richtig, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, aber es ist falsch, auf administrativem Wege Normerhöhungen zu verfügen. Deshalb hat das Politbüro der SED in seiner heutigen Sitzung beschlossen, der Regierung vorzuschlagen, die Anordnung ... auf obligatorische Erhöhung der Arbeitsnormen aufzuheben.“ Ulbricht bezeichnete die Methoden des Administrierens als das Grundübel und schlußfolgerte, die Garantie dafür, daß eine solche fehlerhafte politische Linie nicht wiederholt würde, läge „in der weiteren Festigung der Verbindung der Parteiführung und der Partei mit den Massen und offener Entfaltung der Selbstkritik und der Kritik von unten ...“

Daß für Gegner der DDR all dies ein gefundenes Fressen war, der RIAS die Stimmung aufpeitschte und ihr eine DDR-feindliche Richtung verlieh, verwundert nicht. Welch verheerende Rolle der RIAS spielte, wird aus der Erinnerung des seinerzeitigen Chefredakteurs Egon Bahr ersichtlich, der vom US-Programmdirektor gefragt wurde: „Wollen Sie den 3. Weltkrieg auslösen?“ Adenauer hatte bereits am 5. März 1952 im NWDR erklärt, Ziel sei es „nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien“. So war in dieser Situation des Kalten Krieges zu erwarten, daß den Sozialismus hassende, noch kurz zuvor den Hitlerfaschismus tragende Kräfte unter falscher Flagge die Situation ausnutzten. Darüber darf ebensowenig geschwiegen werden wie über unseren eigenen Anteil an den Ereignissen des 17. Juni 1953.

Leicht gekürzter und geringfügig redigierter Wortlaut eines Beitrags von Ellen Brombacher, Bundessprecherrat der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke (aus: Mitteilungen der KPF 3/2013)